zing« oder Macht Arbeitsplatz?

reform von oben gescheitert? Von Christian Frings*

Köpfe der Betroffenen hinweg mit den großen Reinigungs- und Krankenhauskonzernen »Sweetheart-Deals« mit jahrelangen Laufzeiten abschließt, in denen die Interessen der Beschäftigten und ihre Möglichkeiten einer kämpferischen Durchsetzungspolitik dem Wachstum der Organisation als solcher geopfert werden. Das will mit den Bildern, die wir von der Justice-for-Janitors-Kampagne und ihrem filmischen Denkmal in Ken Loachs »Bread and Roses« im Kopf haben, nicht zusammenpassen.

In den USA wird schon länger kontrovers über die gewerkschaftlichen Reformversuche diskutiert.[2] Kim Moody, Mitbegründer der seit 1978 erscheinenden Zeitschrift *Labor Notes* und einer der besten Kenner der US-amerikanischen Arbeiterbewegung, setzt sich in seinem Ende letzten Jahres erschienenen Buch *US Labor in Trouble and Transition* kritisch mit den Erfahrungen der letzten 25 Jahre auseinander. Im Untertitel formuliert er kurz und bündig seine Kernthese: *Das Scheitern der Reform von oben und die Hoffnung einer Wiederbelebung von unten*. Auf knapp dreihundert Seiten spannt Moody einen weiten Bogen auf, in dem er zunächst die ökonomischen Hintergründe des gewerkschaftlichen Niedergangs in neuer Weise beleuchtet, um dann die einzelnen Etappen gewerkschaftlicher Reformpolitik sehr detailliert nachzuzeichnen. Durch diesen Detailreichtum und unzählige Beispiele aus allen gewerkschaftlichen Bereichen entsteht kein glattes einheitliches Bild, sondern Moody sucht immer auch nach Brüchen, nach nur im Kleinen sichtbar werdenden Alternativen zu den in der Gesamttendenz enttäuschenden Erfahrungen.

Mythen der Deindustrialisierung

Ebenso wenig gibt er sich mit den üblichen Erklärungen für die enormen Mitgliederverluste und die Verelendung der Arbeiterklasse in den USA zufrieden: Globalisierung, Abwanderung der Industrie ins Ausland, die Konkurrenz mit China. Die USA sind keineswegs in dem Maße deindustrialisiert, wie es oft als Rechtfertigung gewerkschaftlicher Konzessionspolitik angeführt wird. Globalisierung und China können nur einen geringen Teil des Rückgangs an Industriearbeitsplätzen und das auch nur in bestimmten Branchen erklären. Wenn die Zahl der AutoarbeiterInnen in den USA – um nur ein Beispiel aus dem Buch anzuführen – von 575 000 im Jahr 1980 auf 770 000 im Jahr 2000 anstieg, dann muss der dramatische Mitgliederverlust der *United Automobile Workers of America* (UAW) andere Gründe als die Abwanderung der Arbeitsplätze ins Ausland haben.

Und dann verfügen die ArbeiterInnen in der Industrie, im Zentrum der kapitalistischen Akkumulation, nach wie vor über ökonomische Macht. Die zunehmende Bedeutung des Transports in der globalisierten und durch Zulieferketten bestimmten Wirtschaft hat einigen Beschäftigtengruppen sogar ein ganz neues Störpotential verliehen, wie es sich im Streik bei UPS 1997 oder bei Streiks der LKW-Fahrer in den Häfen gezeigt hat. Als herausragende Demonstration der vorhandenen Macht gerade der untersten Schichten der Arbeiterklasse führt Moody die Mobilisierung von über fünf Millionen migrantischer ArbeiterInnen am 1. Mai 2006 an, dem »Tag ohne Migranten«, der die Wirtschaft an vielen zentralen Punkten zum Erliegen brachte. Damit widerspricht er auch der modischen Vorstellung einer »Dienstleistungsgesellschaft« und will die Aufmerksamkeit wieder auf die potentiellen Bastionen der Arbeitermacht in der Industrie lenken.

Kim Moody: »US Labor in Trouble and Transition. The Failure of Reform from Above, the Promise of Revival from Below«, London/New York: Verso, 2007, 290 S., ISBN 978-1-84467-154-0, ca. 20 Euro

Viel entscheidender als die populistisch hochgespielte internationale Konkurrenz sind für ihn neben Automatisierung und *lean production* die Verlagerungen und Verschiebungen innerhalb der USA: zum einen die Abwanderung der Industrie in den gewerkschaftsfreien Süden – Ansiedlungen japanischer und deutscher Autokonzerne waren hier Vorreiter –, zum anderen die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, in der Frauen, legale und illegalisierte EinwanderInnen, vor allem aus Lateinamerika, und in geringerem Maße auch Afroamerikaner ein sehr viel größeres Gewicht bekommen haben. Während die Gewerkschaften diesen Gruppen traditionell wenig Aufmerksamkeit schenkten, wurden sie seit den 90er Jahren zu den Hoffnungsträgern bei allen Versuchen, den Trend rückläufiger Mitgliedszahlen zu stoppen oder umzukehren. Die Bemühungen der Gewerkschaften, sich weiblicher und bunter zu präsentieren, verliefen aber nicht reibungslos. Und was Moody ihnen am meisten vorhält, ist das Fehlen ernsthafter Organisierungsbemühungen im Süden der USA.

Das Ende der Militanz

Im Zentrum des Buchs steht das Kapitel *Das Ende der Militanz, der Rückzug vom Arbeitsplatz und die Ursprünge des Niedergangs*, in dem die Wende von einem langfristigen Aufwärtstrend in der Lebenssituation hin zu ständigen Verschlechterungen, begleitet vom Niedergang der Gewerkschaften, kritisch hinterfragt wird. Dass das Klima für die Gewerkschaften seit Anfang der 80er Jahre feindlich wurde, als Reagan 1981 streikende Fluglotsen in Handschellen abführen ließ, ist bekannt. Aber in einem ähnlich gewerkschaftsfeindlichen Klima waren die Industriegewerkschaften der CIO in den 30er Jahren in massenhaften und militanten Besetzungsstreiks entstanden. Sie wuchsen weiter in der Zeit der Streiks während des Krieges, der großen Nachkriegsstreikwelle und eines bis 1955 anhaltenden hohen Niveaus von Kämpfen. Nach absoluten Mitgliedszahlen betrachtet, erreichten die Gewerkschaften in der Privatindustrie ihren Höchststand 1970, nachdem der Aufschwung der Kämpfe in den 60er Jahren die Streikwelle von 1945–46

Fortsetzung auf Seite 18 oben

Gewerkschaftspolitik – Über Sozialpartnerschaft hinaus zur vollen Kooperation?

10. bundesweiter Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Die Angriffe auf Lebens- und Arbeitsbedingungen werden immer dreister. Die Armut, insbesondere die Kinderarmut ist am Steigen, die Reallöhne seit über einem Jahrzehnt am Sinken. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse nehmen beständig zu, seien es die Mini-, Midi- oder 1-Euro-Jobs, Leiharbeit oder Befristungen. Der Niedriglohnbereich umfasst mittlerweile über sieben Millionen Menschen. Die Leistungen für Erwerbslose werden mit Hilfe der Hartzgesetze abgebaut, Zumutbarkeitsregelungen ins Unmenschliche gesteigert und die Behandlung bei den Arbeitsagenturen ist nur noch Schikane. Demokratische Rechte und soziale Errungenschaften werden uns systematisch geraubt, sei es im Gesundheitswesen oder mit Heraufsetzung der Altersrente auf 67 Jahre.

Auf der anderen Seite profitieren einige wenige Konzerne und Kapitaleigner von diesen Entwicklungen, indem ihre Profite in Schwindel erregende Höhen steigen.

Wie sieht die Politik der Gewerkschaften aus, um diesen Entwicklungen zu begegnen? Die Politik der Sozialpartnerschaft wird in Richtung volle Kooperation mit dem Kapital entwickelt. Um den Standort Deutschland für das Kapital attraktiv zu halten, wurden viele soziale und gewerkschaftliche Errungenschaften der Werktätigen nahezu kampflos aufgegeben. Dies hat sich u.a. bei den Aktionen gegen die Rente mit 67 gezeigt, wie auch in vielen Tarifbewegungen. Trotz großer Kampfbereitschaft der KollegInnen und vielen fantasievollen neuen Aktionsformen (u.a. Einzelhandel, Öffentlicher Dienst) wurden weder gleichzeitig stattfindende Tarifbewegungen zusammengeführt, noch die Durchsetzungskraft durch kraftvolle Streiks entfaltet.

Deshalb sollen folgende Fragen diskutiert werden:

- Wohin geht die Gesamtorientierung in den Gewerkschaften? Wie können wir diese Politik umdrehen?
- Was ist die Rolle der Gewerkschaftslinken?
- Was können wir dazu beitragen, dass eine gesellschaftliche Bewegung gegen Sozialabbau und gegen Ausgrenzung entsteht?
- Was können wir von Gewerkschafts- und Sozialbewegungen anderer Länder lernen?

Aus dem Programm:

- Gesamtorientierung bundesdeutscher Gewerkschaften – Was ist die Rolle der Gewerkschaftslinken gegen diese Orientierung – Verhältnis soziale Bewegungen – Gewerkschaften – Parlament, Frank Deppe, Soziologe, Politikwissenschaftler, Autor
- Wie können wir dazu beitragen, dass eine gesellschaftliche Bewegung gegen Sozialabbau und Ausgrenzung entsteht? Was tun gegen Erwerbslosigkeit und Billiglöhne?, Rainer Roth, Sozialwissenschaftler und Autor, Hartz IV-Experte
- Arbeitsgruppen zu: Prekäre Beschäftigung, Arbeitszeit & Lebensarbeitszeit, Kinder-/Armut & Hartz IV (u.a. Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern), Taktische und strategische Konzepte zur Aktivierung der Tarifpolitik

Zeit/Ort: *25./26. Oktober, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt am Main*

Anmeldungen und Informationen: *Hans Kroha, Tel. (069) 2569-1422, Email: HKroha@t-online.de, Max-Planck-Straße 64a, 63500 Seligenstadt*

Weitere Infos *unter: www.labournet.de/GewLinke/*

Nach Heiligendammbruch: Klima-Campen in Hamburg

Schon gut einen Monat vor dem gemeinsamen Klima- und Antira-Camp in Hamburg dreht die Bildzeitung ordentlich am Rad und versucht die Stimmung in Hamburg anzuheizen und das gemeinsame Camp als »Chaos Camp« abzustempeln.

Neben einem hetzerischen Artikel läuft momentan noch eine Bild-Abstimmung mit der Frage, »ob die Polizei hart durchgreifen sollte« (www.bild.de/BILD/hamburg/aktuell/.html).

Fakt ist, dass seit Wochen die Vorbereitungsgruppe für ein Klima- und Antira-Camp in Hamburg mit städtischen Gremien um eine Fläche für die erwarteten 2 500 AktivistInnen verhandelt. Seit Wochen wird vertröstet, hingehalten, abgewimmelt. Es ist aber sonnenklar, dass Hamburg als Symbol für massive Abschiebung und als Symbol hemmungslosen

Fortsetzung von Seite 17 oben

fast in den Schatten gestellt hatte.

»Diskussionen über den gewerkschaftlichen Niedergang stellen meistens die Schrumpfung und/oder die Umstrukturierung der alten Basisindustrien in den Mittelpunkt, auf die sich die CIO-Gewerkschaften im Wesentlichen stützten. Dazu ist anzumerken, dass die Gewerkschaften in den Zeiten anwuchsen, in denen sie kämpferisch auftraten. Sie wuchsen, als sie um etwas kämpften, und insbesondere, wenn sie wie in den 60er und frühen 70er Jahren darum kämpften, die Macht am Arbeitsplatz zu festigen oder auszuweiten. Heutzutage wird die Vorstellung von einem Zusammenhang zwischen Wachstum und Militanz ausgerechnet von jenen wütend zurückgewiesen, die den größten Anspruch darauf erheben, die richtigen Strategien für gewerkschaftliches Wachstum zu haben – namentlich den Führern des Change-To-Win-Dachverbandes, insbesondere denen der SEIU.« (S. 101)

Eine weitere Bestätigung dieses Zusammenhangs liefert ein Blick auf den Organisationsgrad: Während die Gewerkschaften in der Privatwirtschaft ihren absoluten Höchststand mit 17 Millionen Mitgliedern 1970 erreichten, war der *Organisationsgrad* bereits seit 1953 von damals 35,7 Prozent auf 29 Prozent in 1970 abgesunken. Prototypisch war die Politik des legendären UAW-Führers Walter Reuther, der ab Mitte der 50er Jahre den Unternehmen im Tausch gegen Lohnerhöhungen und Sozialprogramme eine stärkere Kontrolle der Basis und die Unterbindung von wildcat-Streiks angeboten hatte. Während der 50er und 60er Jahre war diese Politik für den Gewerkschaftsapparat durchaus erfolgreich – langfristig beraubte sich die Gewerkschaft damit aber einer kämpferischen Basis an den Arbeitsplätzen, also dem Ort, an dem für Moody der zentrale Hebel wirksamer Arbeitermacht liegt. Wie weit der Apparat gehen würde, um die Kontrolle über selbständige Basisbewegungen zu gewinnen, zeigte sich bei einem wilden Streik schwarzer Autoarbeiter im August 1973 in einem Chrysler-Presswerk in Detroit. Um den Streik zu unterbinden, mobilisierte die UAW etwa tausend hauptamtliche und vorstandstreue Gewerkschafter, mit denen sie recht gewaltsam die Rückkehr an die Arbeitsplätze erzwang. Aber diesmal blieb das erhoffte Entgegenkommen des Unternehmens in den Tarifverhandlungen aus. Im Gegenteil, ab Mitte der 70er Jahre verlangten die Firmen Konzessionen auf Seiten der Gewerkschaften – und diese, einer kämpferischen Basis beraubt und ihr entfremdet, sahen keine Möglichkeiten des Widerstandes.

Die Kapitulation im Produktionsprozess

»Angesichts all dieser Entwicklungen übernahmen immer mehr Gewerkschaftsvorstände neue Strategien, die nicht darauf ausgerichtet waren, Verbesserungen zu erreichen, mit den zunehmenden Problemen am Arbeitsplatz fertig zu werden oder mehr Mitglieder zu gewinnen, sondern die nur dazu dienten, die Gewerkschaften als Institution und darin ihre Führungspositionen zu erhalten.« (S. 108) Moody benennt drei Überlebensstrategien, die sich nach und nach entwickelten: Zugeständnisse, Co-Management und schließlich Partnerschaft in Verbindung mit Gewerkschaftsfusionen als Ersatz für die Organisierung neuer Mitglieder. Bis Mitte der 80er Jahre hatten sich diese Strategien in allen Industriezweigen verbreitet, egal ob sie unter Wettbewerbsdruck standen oder nicht. Das fatalste Moment dieser Strategien war der schleichende Rückzug vom Arbeitsplatz als dem Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Machtausübung, wozu der zunehmende vertragliche und faktische Verzicht auf Streiks und die entsprechend repressivere Unterdrückung wilder Streiks gehörte. Im Gegenzug konnten die Unternehmer auf dieser Ebene ansetzen, um mit Konzepten von Partizipation und Team-Arbeit ihre Vorherrschaft im Produktionsprozess zurückzugewinnen.

Im Buch werden diese Entwicklungen für Gewerkschaften in allen Industriezweigen nachgezeichnet. Nicht zufällig gerät dabei immer wieder die SEIU in den Blick, da sie mehrmals zum Hoffnungsträger eines Neubeginns wurde. 1995 hatte der ehemalige SEIU-Präsident John Sweeney die Führung des Dachverbandes AFL-CIO übernommen, mit dem Versprechen, durch eine neue kämpferischere Politik und die Zusammenarbeit mit progressiven sozialen Bewegungen neue Mitglieder zu gewinnen. Nach zehn Jahren war die Bilanz ernüchternd: Die Gesamtmitgliedschaft der Gewerkschaften war weiter von 16,3 Mio. 1995 auf 15,6 Mio. 2005 gefallen, in der Privatwirtschaft noch stärker von 9,4 auf 8,2 Mio. Kim Moody sieht den Hauptgrund darin, dass es zu keiner wirklichen Veränderung des defensiven Kurses gekommen ist. Nicht zuletzt dieses Scheitern führte dann 2005 dazu, dass sechs Gewerkschaften – unter maßgeblichem Einfluss der SEIU von Andy Stern – aus der AFL-CIO austraten und einen neuen Dachverband, die *Change to Win Federation* (CTW), gründeten. Kim Moody bestreitet, dass die Fragen der Organisierung neuer Mitglieder und eines deutlichen Politikwechsel gegenüber dem Kapital tatsächlich die Gründe für diesen Bruch waren. Auch bei den in der AFL-CIO verbliebenen Gewerkschaften finden sich Organisierungskampagnen, und umgekehrt setzen auch die CTW-Gewerkschaften auf »Partnerschaft«.

Die Scheinmacht der SEIU

In einer genaueren Analyse der SEIU-Politik löst Moody das Rätsel, wie die eingangs beschriebenen widersprüchlichen Eindrücke ihrer Politik zusammenpassen. »Organizing«, bei dem unorganisierte, migrantische ArbeiterInnen mobilisiert und organisiert werden, und eine zentralistische Politik des Vorstands, die den Selbsterhalt der Organisation mit modernen Managementmethoden und partnerschaftlichen Beziehungen zu den Unternehmen abzusichern versucht, passen durchaus zusammen – wie sich gerade an dem Musterbeispiel der *Justice for Janitors* zeigt. Am spektakulärsten verlief diese Kampagne ab 1986 in Los Angeles. Nach einigen Jahren der Mobilisierung, in denen die kämpferischen Erfahrungen von tausenden Latinas und Latinos eine zentrale Rolle spielten, gelang es ihnen 1990 – nach einem brutalen Polizeiübergriff auf einer ihrer Demonstrationen –, die Unternehmen im Stadtzentrum zu einem Tarifabschluss zu bewegen. Die organisierten Reinigungskräfte wurden danach in das Local 399 integriert, das unter weißer Führung stand und eher traditionell agierte. Schon bald brachen Konflikte innerhalb des Ortsverbandes aus, weil sich die neuen Mitglieder von ihrer Gewerkschaft nicht angemessen vertreten und mit ihren Problemen an den Arbeitsplätzen alleingelassen fühlten. Vor allem aber ließ man sie nicht über das Vorgehen mitentscheiden. Zu den Neuwahlen des Leitungsgremiums im Juni 1994 traten sie zusammen mit weißen Linken als Liste »Multiracial Alliance« an und gewannen auf Anhieb sämtliche Vorstandsposten – außer dem des Vorsitzenden, der damals nicht zur Wahl stand. Cesar Oliva, einer der Streikführer aus der Kampagne und treibende Kraft der Gegenliste, drückte das Unbehagen so aus: »Die Organizer haben uns als Kanonenfutter behandelt. Sie haben uns mobilisiert, aber sie erlauben uns nicht, selber über den Prozess zu entscheiden.«[3] Als es zwischen dem alten Vorsitzenden und dem neuen Vorstand zunehmend zu Konflikten kommt, wird der Ortsverband von der SEIU-Zentrale unter Zwangsverwaltung gestellt, später werden die Reinigungskräfte in ein größeres Local integriert, das ausschließlich die Gebäudereinigung organisiert. Als Ken Loachs Film 2000 in die Kinos kam, hatten die neuen selbstbewussten Kräfte der Kampagne ihre Autonomie schon lange im Dickicht der SEIU-Bürokratie verloren.

Kim Moody fragt auch nach den materiellen Erfolgen der Kampagne. Die SEIU hatte auf spektakuläre Weise Tarifverträge für einen bis dahin nicht organisierten Bereich gewonnen, aber zu dem Preis, dass ihre Reallöhne zwischen 1990 und 2000 um 10 Prozent fielen – während die durchschnittlichen Reallöhne in den USA in diesem Zeitraum um 4,8 Prozent anstiegen. Die SEIU wollte die Gewerkschaft nicht zurück an die Arbeitsplätze und in den Produktionsprozess bringen, sondern entfernte sie mit den Fusionen zu *Mega-Locals* immer weiter von der Basis – um besser und leichter zu partnerschaftlichen Abkommen mit Großkonzernen im Reinigungs- und Gesundheitssektor zu kommen. Wie Moody zeigt, war der Kampf um Local 399 nur ein kleiner und nicht der einzige innerorganisatorische Konflikt in dieser Entwicklung der SEIU, die vor allem ab 2000 immer deutlicher zu dem führte, was er als *Corporate Unionism* bezeichnet: Gewerkschaften, die mit modernen Managementmethoden wie Großkonzerne geführt werden. Für Moody bedeutet der Begriff *Corporate Unionism* in Anlehnung und Weiterentwicklung des Begriffs *Business Unionism* nicht nur eine politische Orientierung von Gewerkschaften an den unternehmerischen bzw. betrieblichen Erfordernissen, Zielen und Zwängen, sondern darüber hinaus auch die Ausrichtung interner Führungs- und Organisierungsprozesse am »corporate management«, von dessen konzeptionellem Werkzeugkasten die Gewerkschaften des Reformbündnisses Gebrauch machen, wie er zeigt.[4] Dazu gehört es auch, sich so wie die Marketingabteilungen des Kapitals des kreativen Potentials von Alt-68ern oder Aktivisten aus sozialen Bewegungen zu bedienen, um farbenfrohe und spektakuläre Kampagnen zu veranstalten. In begrenztem Maße wird dazu die Selbständigkeit von Beschäftigten und die Unterstützung sozialer Bewegungen mobilisiert, aber immer unter der Prämisse, dass sie vom Apparat unter Kontrolle gehalten werden können.[5]

Die Erfolge der SEIU bezeichnet Moody als »Scheinmacht«, weil sie mit ihren Kampagnen und durch Zugeständnisse erkauften Tarifverträgen davon ablenkt, dass die entscheidende Machtfrage im Produktionsprozess gerade nicht gestellt wird. Kämpfe, die von der Macht der ArbeiterInnen in der Produktion ausgehen, wären für den Apparat gefährlich, weil sie die Erfahrung mit sich bringen, selber und eigenständig Stärke dem Kapital gegenüber entwickeln zu können, was zwangsläufig mit Kontrollverlusten von oben verbunden ist.

Ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung?

Vieles in Kim Moodys Buch liest sich wie die illusionäre Hoffnung, eine bessere Politik der Gewerkschaftsvorstände könnte zu einer Wende in der jahrzehntelangen Erosion von Klassenmacht führen. Aber im Unterschied zu vielen linksgewerkschaftlichen Debatten in Deutschland verliert Moody nie aus dem Auge, dass allein eine massenhafte soziale Revolte von unten, ausgehend von dem sehr wohl noch vorhandenen Störpotential im kapitalistischen Produktionsprozess, eine Wende herbeiführen kann. In der Geschichte, sagt er, zeigt sich, dass solche Aufschwungphasen nicht einfach eine quantitative Zunahme bekannter Formen von Kämpfen und Organisierung bedeuten, sondern qualitative Brüche, die zu ganz neuen Formen führen. Solche Aufschwünge – darauf insistiert Moody genauso wie Dan Clawson – lassen sich nicht planen oder inszenieren. Insofern schränkt er seine Appelle an eine bessere Gewerkschaftspolitik wieder ein: Sie könnte höchstens eine Vorbereitung darauf sein, in einer kommenden Phase sozialer Mobilisierung das Richtige zu tun. Vielleicht fällt eine solche kritisch-materialistische und weniger organisationsfixierte Geschichtsbetrachtung in den USA leichter, weil anders als in Europa die großen Aufschwünge der

---

Ausbaus der Steinkohleverstromung, auch ein Ort des Protestes sein wird und die Zelte hier Mitte August aufgeschlagen werden:

It's too hot! – Das Klima wandelt sich

Die Atmosphäre heizt sich auf. Selbst die düstersten Prognosen des Weltklimarats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007 erscheinen inzwischen als zu optimistisch. Dabei ist Klimawandel mehr als schmelzende Polkappen, ertrinkende Eisbären und Hurrikane mit bislang ungekannter Stärke. Klimawandel ist eine soziale Katastrophe. Die globalen Veränderungen der Ökosysteme spitzen die sozialen Gegensätze weltweit zu. Denn die Auswirkungen der Erwärmung sind ungleich verteilt – zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb von Gesellschaften, zwischen Arm und Reich.

Die Erwärmung der Atmosphäre ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftsform, die auf Profit und Wachstum beruht. Aufgrund dieser Höher-Schneller-Weiter-Logik werden im globalisierten Kapitalismus enorme Mengen fossiler Ressourcen verbrannt, etwa für die Herstellung und den Vertrieb von Waren mit Hilfe eines weltumspannenden Logistiknetzes. Und auch wenn fast jedeR inzwischen das Klima retten möchte, der Verbrauch fossiler Energien wie Öl, Gas und Kohle steigt weiter an. Zeit, sich einzumischen!

Klimawandel ist big business

Immer schneller steigt die Nachfrage nach Energie, und die Preise der Ressourcen steigen. Selbst die »Internationale Energieagentur« geht davon aus, dass der Höhepunkt der Ölförderung bald überschritten sein wird. Derweil steigt die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre und damit die globale Durchschnittstemperatur. Was tun? Gegenteiliger Rhetorik zum Trotz setzen Regierungen und Konzerne weiterhin klar auf fossile Energien: Zwanzig Kohlekraftwerke sollen allein in Deutschland neu gebaut werden; die Automobilindustrie verweigert sich mit Rückendeckung des Umweltministers jeglicher Grenzwerte beim Kohlendioxidausstoß; Flughäfen werden munter ausgebaut, und den stetig wachsenden Energiekonzernen wird militärisch bei der Absicherung ihrer fossilen Ressourcen geholfen. Von einer Energiewende keine Spur.

Stattdessen wird vorgegaukelt, dass mit den entsprechenden technischen Ansätzen alles weiterlaufen kann wie bisher: dank unterirdischer CO_2-Lager, emissionsfreien Kohlekraftwerken und den tickenden Zeitbomben in Form von Atomkraftwerken.

Auch beim Verkehr wird ein »weiter so«, aber mit neuen Technologien propagiert. Denn der Kraftstoff der Zukunft wird aus Zuckerrohr, gentechnisch modifiziertem Soja oder Raps gewonnen. Die Folgen: riesige neue Monokulturen für »Energiepflanzen« und der Verlust von Ackerland zur Nahrungsmittelproduktion.

Während einige wenige vom Geschäft mit dem Biosprit profitieren, sind schon heute die Auswirkungen dieser Politik auf arme Bevölkerungsgruppen sichtbar: In Mexiko wird Mais knapp, endlose Weiten CO_2-bindender Eukalyptuswälder laugen in Brasilien die Böden aus, und für das lukrative Geschäft mit Palmöl werden in Indonesien Torftropenwälder abgebrannt. Weltweit steigen die Lebensmittelpreise, und Menschen hungern, damit die Maschinerie des globalisierten Kapitalismus weiterhin läuft.

Gleichzeitig lässt sich mit Klimawandel viel Geld verdienen – ohne dass es einen ökologischen Nutzen gibt: die meisten Fluggesellschaften bieten »klimaneutrale Flüge« an; Atomkraftwerke werden als »ungeliebte Klimaschützer« dargestellt, deren Laufzeiten zum Schutz des Klimas verlängert werden

Klassenkämpfe wie in den 30er Jahren nicht mit sozialistisch-religiösen Ideologien verbunden waren, sondern nüchtern das eigene Machtpotential am Ort der Kapitalproduktion ausspielten und sich durchsetzen konnten.[6] Trotz aller Unterschiede zwischen der Situation in den USA und in Westeuropa ist Kim Moodys Buch nicht nur eine höchst spannende Darstellung der dortigen Entwicklungen, es enthält auch eine Fülle von Anregungen für die Diskussionen innerhalb und über die Arbeiterbewegung auf dieser Seite des Teichs.

* *Christian Frings ist Mitautor des Buchs »Auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Assoziation A, 2007. Im* express *schrieb er zuletzt über den wilden Streik beim Automobilzulieferer TRW in Krefeld (Nr. 5/2007).*

Anmerkungen:

1) *Siehe das auf labournet.de in der Rubrik USA/Gewerkschaften zusammengestellte Material, die Artikel von Catharina Schmalstieg in:* junge Welt *vom 3. Juni 2008, von Hae-lin Choi in:* Jungle World *vom 19. Juni 2008, sowie die Berichterstattung auf der Seite der Labor Notes:* www.labornotes.org.
2) *Siehe z.B. die Sammelbesprechung von Steve Early: »Reutherism Redux: What Happens When Poor Workers' Unions Wear the Color Purple«, in:* Against the Current*, September/October 2004 (http://www.solidarity-us.org/node/1122), oder das Buch von Dan Clawson: »The Next Upsurge. Labor and the New Social Movements«, Cornell University Press 2003, das in den USA stark beachtet wurde und zu Debatten in den akademischen Zeitschriften* Critical Sociology *(2005) und* Labor History *(2004) führte.*
3) *Nach David Bacon: »Immigrant Workers Fight to Run Local 399«, vom 16. September 1995 (http://dbacon.igc.org/Imgrants/01Loc399.html). Siehe auch die kritische Beleuchtung der Kampagne in Vanessa Tait: »Poor Workers' Unions: Rebuilding Labor From Below«, Boston: South End Press 2005*
4) *Vgl. dazu insbesondere die Seiten 184ff. sowie das Fazit: »Die Gewerkschaft wurde nicht nur in der gleichen Art wie ein Geschäft betrieben, sondern buchstäblich an den Direktiven eines modernen Unternehmens ausgerichtet. Dieselbe rein verwaltungsmäßige Vorstellung von Reform hat Sweeney später in den AFL-CIO eingebracht. Für die SEIU wurde sie zum prägenden Grundsatz, der mit der Kultur der sozialen Bewegungen in Konflikt geriet, die er auch in die Gewerkschaft geholt hatte.« (S. 186)*
5) *Zur parallelen Entwicklung ähnlicher Projekte in Deutschland ist das Interview mit einem ehemaligen prekären Organizing-Jobber in einem hamburger ver.di-Projekt aufschlussreich: »New Labour« – »New Gewerkschaft«, Kritik am Organizing, Teil II, in:* wildcat *Nr. 80, 2008. Dort heißt es einleitend: »Wenn wir von einer allgemeinen Kritik der Gewerkschaft als Arbeiter-*Vertretungs*organisation ausgehen, müssen wir feststellen, dass ›Organizing‹ nicht besser, sondern allenfalls eine Fortschreibung traditioneller Gewerkschaftsarbeit ist. Keineswegs handelt es sich dabei etwa um einen Bruch mit Vertretungsanspruch und Sozialpartnerschaft.« Für die SEIU kommt Kim Moody zu einem noch kritischeren Befund: Das »Organizing« ist nicht einfache Fortschreibung, sondern Bestandteil einer verstärkten Zentralisierung und noch abgehobeneren Vertretung, mit der den Ortsverbänden und betrieblichen Strukturen die Politik der »Partnerschaft« mit den Konzernen aufgezwungen wird. Anders als in der linken Debatte dürfte diese Seite des »Organizing« im ver.di-Vorstand bekannt sein.*
6) *Nicht zufällig kommen kritische Beobachter der Arbeiterbewegung wie Kim Moody oder Dan Clawson immer wieder auf die bahnbrechende Studie von Frances Fox Piven und Richard A. Cloward zurück: »Aufstand der Armen«, Suhrkamp 1986 (Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail, 1977), in der aufgezeigt wird, dass nicht formale Organisiertheit, sondern die Mobilisierung von Störpotential in der Produktion und im Alltagsleben der Ausgangspunkt und die Basis* erfolgreicher *Kämpfe war.*

Irrlichter der Großstadt

»Planet of Slums« – Slave Cubela zu den sozialen Folgen des globalen Urbanisierungsprozesses

In seinem Buch »Planet der Slums« sucht der US-amerikanische Soziologe und Historiker Mike Davis einer breiteren Öffentlichkeit einen globalen Entwicklungstrend zu Bewusstsein zu bringen, der bisher allenfalls temporär oder in spezialisierten Zirkeln diskutiert worden ist, nämlich das ungeheuer schnelle Wachstum der weltweiten Stadtbevölkerung seit den frühen sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Davis' Darstellung ist beeindruckend und erschütternd zugleich: beeindruckend, weil er ausgehend vom umfangreichen Zahlenmaterial des UN-Reports »The Challenge of Slums« aus dem Jahr 2003 verdeutlicht, dass mit dieser Entwicklung »ein Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte« erreicht ist, da das erste Mal die Mehrzahl der Weltbevölkerung in Städten lebt; erschütternd, weil Davis an einer Unmenge von verstörenden Beispielen zeigt, dass es sich bei diesem rasanten Verstädterungsprozess um eine »Urbanisierung ohne Industrialisierung« handelt, die mit der Entstehung riesiger Slums einhergeht, in denen Menschen ohne Aussicht auf sichere Reproduktionsbedingungen in einem verzweifelten Überlebenskampf versuchen ihre nackte Existenz zu sichern.

Obgleich Davis die Ursachen und Folgen dieses gewaltigen sozialen Einschnitts diskutiert, sind diesbezügliche Ausführungen in seinem Buch dennoch (einstweilen?) kurz und vorsichtig geraten. Beispielsweise verweist er bei den Ursachen stereotyp auf die Genese des internationalen Neoliberalismus und die damit einhergehenden Strukturanpassungsprogramme in der so genannten Dritten Welt, während er wiederum bei den Folgen leider nur andeutet, dass sowohl das *Wiedererstarken religiöser Sozialbewegungen* mit diesem spezifischen Urbanisierungsprozess zusammenhängt wie auch eine womöglich entscheidende *Veränderung der globalen sozialen Frage*. Aus diesem Grund nun möchte der folgende Text an Davis' Überlegungen kritisch anknüpfen und versuchen sie punktuell zu präzisieren – nicht zuletzt auch deshalb, weil hierdurch die Hoffnung besteht, Veränderungen des globalen Klassengefüges sichtbar zu machen, die die Krise der internationalen Arbeiterbewegung seit den achtziger Jahren verständlich machen (vgl. Silver 2005).

Staatsverrat?

Beginnen wir mit den Ursachen des globalen Urbanisierungsprozesses. Wie schon erwähnt, verweist Davis in diesem Zusammenhang insbesondere auf die internationale Durchsetzung des Neoliberalismus bzw. auf die verheerenden Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, mit denen die Schuldnerländer der zweiten und dritten Welt ab den siebziger Jahren genötigt wurden, ihre staatlichen Entwicklungsprogramme zugunsten einer Privatisierungspolitik und der Selbstregulierungskräfte des Marktes aufzugeben. Denn, so Davis weiter, durch diese neoliberale Wende verloren viele Kleinbauern ihre Existenzgrundlage, so dass sie in die Städte gehen mussten, es unterblieben soziale Wohnungsbauprogramme, die diesen neuen Städtern ein würdiges Heim hätten geben können, und es kam schließlich zur Deindustrialisierung der Städte, da viele Industriearbeitsplätze (und nicht nur sie) in diesen Ländern und Städten direkt oder indirekt von staatlichen Subventionen abhingen. Doch so wenig eine Beteiligung der verschiedenen neoliberalen Akteure an dieser »Urbanisierung ohne Industrialisierung« geleugnet werden kann und soll, stellt sich doch die Frage, ob diese Akteure und ihr neoliberales Credo der ausschließliche Grund für diesen spezifischen Urbanisierungsprozess waren, so dass man dann mit Davis von einem »Verrat des Staates« sprechen sollte. Zweifel an dieser »Verstaatlichung« der Ursachenanalyse durch Davis sind aus mehreren Gründen geboten.

Erstens: Wenn Davis darauf hinweist, dass insbesondere der europäische Kolonialismus sowie der asiatische Stalinismus

Fortsetzung auf Seite 20 oben

sollen; von Regierung und Unternehmen wird eine »ökologische Marktwirtschaft« propagiert. An dem Handel von Emissionsrechten verdienen wenige Finanzmarktakteure – tatsächliche CO_2-Einsparungen bisher Fehlanzeige. Mit der jetzigen Wachstumsökonomie kann der Klimawandel nicht aufgehalten werden. Die fossilen Ressourcen müssen im Boden bleiben – ein wenig Energieeffizienz hier und da reicht eben nicht.

Ökologische Prekarität und klimatische Grenzen

Arme Bevölkerungsgruppen – diejenigen, die den Klimawandel am wenigsten verursachen – trifft es am härtesten. Die bestehenden krassen sozialen Unsicherheiten werden sich durch die Auswirkungen erhöhter Temperaturen drastisch verstärken. Der tägliche Überlebenskampf vieler Menschen verschärft sich weiter. Es wird zusätzliche klimatische Grenzen geben, die vielen Menschen das Überleben schwer machen. Es sind die finanziellen Mittel, die über die Möglichkeit entscheiden, negative Folgen des Klimawandels abzumildern. Zur Verfügung stehen diese vor allem in den Industrieländern des globalen Nordens.

Schon heute ist Migration zu Recht die Reaktion vieler Menschen auf das massive Wohlstandsgefälle. Sie finden sich nicht damit ab, dass sie von der Teilhabe am Reichtum ausgeschlossen sind. Sie ergreifen daher die Initiative: Sie überschreiten Grenzen, um für sich und ihre Familien einen fairen Anteil am Reichtum der Erde einzufordern. Anstatt die Ursachen des Klimawandels wirksam zu bekämpfen und durch Anpassungsmaßnahmen seine Auswirkungen auf Betroffenen zu vermindern, schotten sich die wohlhabenden Staaten gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen ab. An den Grenzen entstehen Zäune, Flüchtlingsboote werden mit allen Mitteln von den Küsten abgehalten, und wer es dennoch schafft, wird mit Gewalt abgeschoben. Täglich verletzen sich Menschen an stacheldrahtbewehrten Grenzzäunen, ertrinken im Meer oder werden in ein Land verfrachtet, in dem sie nie zu Hause waren.

Nicht nur global öffnet sich die Schere zwischen Wohlhabenden und Besitzlosen. Auch innerhalb von Staaten – reichen wie armen – sind die Kosten des Klimawandels ungleich verteilt: Menschen mit niedrigen Einkommen sind am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Ihre Wohngebiete werden als erstes überschwemmt, ihre Böden erodieren, ihre Wasserquellen vertrocknen – die ökologische Prekarität verschärft sich. Und im Norden sind es die NiedrigverdienerInnen, die einen überproportionalen Anteil der Klimaschutzkosten tragen müssen. Sie geben proportional mehr ihres Einkommens für Energie aus als Reiche und werden daher z.B. von den Kosten des CO_2-Zertifikathandels stärker belastet. Die etwa 1,6 Mrd. Menschen, denen das soziale Recht auf Zugang zu Elektrizität verwehrt ist, tragen am stärksten die sozio-ökologischen Konsequenzen der CO_2-intensiven Lebensweise. Ein ganz anderes Klima ist nur möglich, wenn globale soziale Rechte wie das Recht aller auf einen Zugang zu Energie und eine Abkehr vom fossilistischen Industrialismus zusammen gedacht werden.

Von Seattle über Heiligendamm nach Kopenhagen – eine neue Wetterfront

Als bei der Blockade der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 tausende DemonstrantInnen die »Bewegung der Bewegungen« auf den Weg brachten, ging es um den Protest gegen weitere Marktliberalisierungen, gegen Privatisierung, gegen Konzernherrschaft, also gegen eine neoliberale Form der Globa-

Fortsetzung von Seite 19 oben

dafür sorgten, dass sich die globalen Urbanisierungstendenzen bis in die sechziger Jahre nur äußerst langsam entwickelten und er damit wohl zu zeigen versucht, dass staatliche Intervention den Urbanisierungsprozess auch heute noch kontrollieren könnte, dann liegt es nahe zu fragen, ob Davis mit dieser Argumentation – ganz gegen seine Intention – nicht zugleich andeutet, dass ein politischer Zuzugsstopp in die Städte mit einem erheblichen Einschnitt in Freiheitsrechte einherzugehen hätte.

Zweitens: Wenn Davis selbst bemerkt, dass der Sozialstaat in der Dritten Welt bereits verkümmert war, ehe die Strukturanpassungsprogramme die Totenglocke für die staatliche Wohlfahrtspolitik einläuteten, dann überrascht dies keineswegs. Hatte sich dieser (Sozial-)Staat doch – wenn er überhaupt vorhanden war – im Ansatz eine fast unlösbare Aufgabe gestellt: die soziale und ökonomische »Modernisierung« der jeweiligen Gesellschaft nach dem Vorbild der ersten Welt voranzutreiben und die damit einhergehenden sozialen Folge(koste)n dieses Prozesses zu minimieren. Um nur ein Beispiel für die Schwierigkeiten zu geben, die dieses Projekt einer ›Modernisierung ohne soziale Opfer‹ nach sich zog: Einerseits war die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität für jeden dieser Staaten ein zentrales Anliegen der Ressourcenoptimierung, um z.B. Devisen zu erwirtschaften, von Lebensmittelimporten nicht völlig abhängig zu sein oder um genügend städtische Arbeitskräfte zu haben; andererseits musste genau dies eine forcierte Urbanisierung provozieren, deren soziale Gestaltung bereits erhebliche Ressourcen für den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung unterstellte.

Drittens schließlich war der einzige Weg für die meisten Staaten der zweiten und dritten Welt, sich diese Ressourcen friedlich und vor allem schnell zu sichern, sie dort zu suchen, wo sie gerade ab den späten sechziger Jahren immer reichlicher vorhanden waren: auf dem internationalen Kapitalmarkt bzw. bei den großen Industrienationen. Damit allerdings war die Frage verbunden, ob es den betreffenden Staaten gelingen würde, dieses Kapital so geschickt einzusetzen, dass sie aus dem neu produzierten Mehrwert die anstehenden Zinszahlungen bedienen könnten. Oder würden die Kapitalgeber, wie dies bei jedem säumigen Schuldner in der bürgerlichen Gesellschaft der Fall ist, ab einem bestimmten Punkt die Bedingungen der Rückzahlung diktieren?

Heute wissen wir, dass die Mehrzahl der Staaten der zweiten und dritten Welt dieses Rennen gegen Zeit und Zins verloren hat, und wir wissen auch, mit welchen Kniffen und Tricks die Industrienationen, aber auch korrupte einheimische Eliten dafür gesorgt haben, dass eine »faire« Erfolgschance für die breite Bevölkerung dieser Staaten zu kaum einem Zeitpunkt bestand. Aber letztlich war es ein Rennen, wie es unter (Welt-)Marktbedingungen nicht unüblich ist, denn Fairness bleibt in diesem Kontext stets ein relativer und vorübergehender Wert. Und deshalb ist es auch weniger der Verrat des Staates, der die rasante und wilde Urbanisierung ab den sechziger Jahren zu verantworten hat, als vielmehr die angedeutete spezifische Weltmarktkonstellation, die dafür sorgte, dass die Mehrzahl der Länder der zweiten und dritten Welt vor dem Hintergrund einer schweren Entwicklungsaufgabe bereits nach kurzer Zeit einem schonungslosen Profitdruck der Kapitalgeber ausgesetzt wurden.

Eine historische Chance

Dass dieser Profitdruck von Seiten der Kapitalgeber bzw. von Seiten der großen Industrienationen bis zum heutigen Tag trotz der immensen sozialen Kosten insbesondere in den Städten der zweiten und dritten Welt bestehen bleibt, hatte einen weiteren Grund, den Davis leider nicht benennt, der aber dieses globale Mosaik entscheidend vervollständigt: der steigende Profitabilitätsdruck in den Industrienationen selbst.

Um diesen Druck, der sich seit den siebziger Jahren stetig vergrößert (vgl. Brenner 2003), zu meistern, bot sich dem Kapital der Industrienationen mit den Ländern der zweiten und dritten Welt eine historische Chance. Denn hier gab es sowohl für das westliche Agrobusiness wie auch für die diversen Rohstoffmultis viele noch unausgeschöpfte Investitionsmöglichkeiten; hier gab es genügend öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungen und Unternehmen, die privatisiert einen ordentlichen Gewinn für die jeweiligen Investoren versprachen; hier gab es dank der rasanten Urbanisierung plötzlich ein schier unerschöpfliches und meist unorganisiertes Arbeitskräftepotential, das man entweder zu sich ins Land holen konnte, das man aber auch vor Ort durch teilweise oder vollständige Produktionsverlagerungen bei garantierten Niedriglöhnen anzapfen konnte; und hier war ein versteckter Ort, von dem aus man den Lohndruck auf die Arbeiterklassen der ersten Welt langsam, aber sicher erhöhte, wobei nicht nur Produktionsverlagerungen überhaupt zu erwähnen sind, sondern auch der Umstand, die Lebenshaltungskosten dieser Arbeiterklassen der ersten Welt niedrig zu halten, indem man gezielt die Produktion von Textilien, Lebens- und Genussmitteln sowie Elektrogeräten in die zweite und dritte Welt verschob.

Wundert es also angesichts dieser Gelegenheiten, dass das Kapital der Industrienationen hier immer beherzter zugriff und sich wie zuletzt im 19. Jahrhundert globalisierte? Sicher nicht. Hätte die politische Klasse der ersten Welt regulierend und mäßigend eingreifen müssen? »Moralisch« betrachtet sicherlich, aber gleichzeitig scheute sich diese bürgerliche Klasse ja nicht einmal, in ihren eigenen Ländern ab den siebziger Jahren ihre Politik den funktionalen Bedürfnissen des steigenden Profitdrucks konsequent unterzuordnen. Gab es also gar keine Alternativen zu alledem? Doch, aber sie hätten erkämpft werden müssen. Statt dass sich globaler Widerstand formierte, geriet die internationale Arbeiterbewegung und Linke jedoch spätestens ab den achtziger Jahren in eine verheerende Krise.

Die Quellen des möglichen Widerstands

Um diese Krise im Moment einer für die abhängig Beschäftigten so gefährlichen Weltmarktkonstellation zu verstehen, lohnt es sich, etwas weiter auszuholen und die Quellen des möglichen Widerstands genauer zu analysieren. Hierbei ist es mit Blick auf Davis' Buch sinnvoll, sich von ihm ein Stück weit abzusetzen und drei Akteursgruppen zu unterscheiden: erstens die *moderne Arbeiterklasse*; zweitens die *»anmodernisierten« Arbeiter*; drittens das riesige und gerade in der Slums der dritten Welt wachsende Heer der, wie es Davis nennt, *informell Beschäftigten*.

Was die *moderne* Arbeiterklasse angeht, so wäre es falsch, ihr die Widerständigkeit oder gar die Existenz einfach abzusprechen, wie dies in vielen Publikationen auch der Linken der Fall ist, denn in allen Industrieländern, in denen sie vornehmlich beheimatet ist, hat sie gerade auch in der Wende der siebziger Jahre intensiv für ihre eigenen Interessen gefochten. Dennoch prägten und prägen viele Niederlagen diesen anhaltenden Kampf seit dieser Zeit, so dass sich die Frage nach den Gründen hierfür stellt. Ohne allzu weit ausholen zu wollen, fällt auf, dass die moderne Arbeiterklasse ihren Widerstand fast ausschließlich in den vorgegebenen Bahnen des jeweiligen nationalen politischen Systems geführt hat. D.h. sie hat zum einen ähnlich wie Davis den Verrat des Staates zum Problemgrund der Angriffe auf sie gemacht und sich deshalb darauf beschränkt, den jeweiligen Wohlfahrtsstaat zu erhalten bzw. erneuern, und sie hat sich zum anderen meist an ihre Organisationen wie an ihre gesetzlich fixierten Rechte geklammert, in der Hoffnung, dass der Spatz in der Hand bald wieder so gut sei wie Taube auf dem Dach.

Aber wenn diese seit dem frühen 19. Jahrhundert erworbenen Erfahrungsmuster, Traditionen und Organisationen die moderne Arbeiterklasse mit genügend Selbstbewusst-

lisierung. Genau diese Kritiken sind weiterhin wichtig beim Kampf gegen den Klimawandel. Denn es ist Klimaschutz, wenn weltweit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern für soziale Landreformen und gegen eine exportorientierte agroindustrielle Landwirtschaft streiten: Für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, gegen Valentinstag-Blumen per Flugzeug in alle Welt. Oder wenn gegen die Privatisierung und den Rückbau der Bahn gestritten wird. Das Engagement gegen den Klimawandel ist notwendig, weil sich die Rahmenbedingungen aller anderen sozialen Auseinandersetzung unter den Bedingungen der Erwärmung dramatisch verschlechtern.

»Es ist genug für alle da!« wird gesagt, oder »Alles für alle!« Richtige Forderungen. Denn »für alle« ist gut, aber was kann die materielle Grundlage dafür angesichts ökologischer Katastrophen sein? Wie kann es soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit geben? Wie wollen wir leben und arbeiten, und wie ist der materielle Reichtum in der Gesellschaft verteilt? Wer besitzt die Energiequellen? Wie sehen solidarische kollektive Lösungen aus, die nicht zu (neuer) sozialer Kälte führen? Und Umverteilung von Nord nach Süd ist notwendig. Nur wenn der Norden seine historische Schuld als Hauptverursacher des Klimawandels tatsächlich massiv Reichtum umverteilt, kann man erwarten, dass im Süden verbindlich CO_2 eingespart werden wird.

Im Dezember 2009 findet die neunte Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Noch beim G8-Gipfel in Heiligendamm konnte Angela Merkel sich fast unwidersprochen als Klima-Queen in Szene setzen. Auch wenn internationale Klimapolitik nur ein Terrain bei der Auseinandersetzung für ein Klima der Gerechtigkeit ist, so ist es doch ein Ort, wo die globalen Kräfteverhältnisse sichtbar werden. Mit dem Klimacamp08 werden wir beginnen diese zu verschieben – Schritt für Schritt.

Das Klimacamp – cool breeze of resistance

Das Ziel, den Klimawandel abzubremsen und dabei die Kosten gerecht zu verteilen, wird nicht einfach zu erreichen sein, denn die heute Mächtigen haben wir gegen uns.

Das Klimacamp ist der Ort, wo wir uns gegenseitig informieren und miteinander über andere Verhältnisse von Gesellschaft und Natur diskutieren. Es geht um spektrenübergreifende Strategien und Positionen für eine Klimabewegung. Mit dem Klimacamp gehen wir auf der Suche nach Widerstandsformen – gegen die CO_2-Ökonomie – auch im Alltag. Um das Klima zu verändern braucht es entschlossene Aktionen. Dazu gehören große und kleine ungehorsame Aktionen. Das Klimacamp ist eines von vielen, und vernetzt mit Camps in Australien, Neuseeland, USA, Großbritannien und Schweden.

Unsere Zelte werden wir in Hamburg aufschlagen, in der größten Hafenstadt in Deutschland, dem meist frequentierten Logistik-Knotenpunkt von Schiffs- und Straßenverkehr. Dazu gehört auch der größte Kohlehafen, wo Nachschub aus Australien, Indonesien und Kolumbien für hiesige Kraftwerke und Industrien angelandet wird. Archer Daniels Midland betreibt in Hamburg eine der großen Agrodieselfabriken. Der Energiekonzern Vattenfall steuert von dort aus Atom- und Kohlekraftwerke. Zudem wird parallel ein antirassistisches Camp stattfinden, das u.a. den Hamburger Charter-Abschiebe-Flughafen zum Aktionsziel macht. Die Vorbereitungsprozesse beider Camps werden so aufeinander abgestimmt, dass die Potentiale der Mobilisierungen best möglich zur Geltung kommen.

Deshalb: Hin zum Klimacamp08! Mach mit bei den Klima-Aktionen.

sein ausstatteten, um zumindest bis in siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts dem Kapital ernsthaft Paroli (vgl. Silver 2005, Cohen 2006) zu bieten, dann sind die vielen Niederlagen ab dieser Zeit ein Indiz dafür, dass die moderne Arbeiterklasse mit diesem Verharren auf bekannten (aber keineswegs erkannten) Bahnen blind sein musste für das, was in den Städten der zweiten und dritten Welt zu entstehen begann. Oder anders: während die Wellen des Weltmarkts in Wallung kamen, indem das Kapital der ersten Welt begann, die Anlagechancen und die vielfältigen Möglichkeiten des urbanen Arbeitskräftepotentials in der zweiten und dritten Welt zu nutzen, gelang es der modernen Arbeiterklasse lange Zeit nicht, die Herkunft des anschwellenden Meeresrauschens zu verorten. Und heute, wo diese Wellen bereits den Sand der einstigen Wohlfahrtsinseln in weiten Teilen fortgeschwemmt haben, sorgt die Angst vor den jetzt nahen Fluten dafür, dass Impulse für einen globalen linken Widerstand von Seiten der modernen Arbeiterklasse schwach bleiben.

Im Gegensatz zur modernen Arbeiterklasse lässt sich über die beiden anderen Akteursgruppen in Anlehnung an Eric Hobsbawms Studien zu »archaischen Sozialbewegungen« feststellen, dass sie sich von der modernen Arbeiterklasse zunächst darin unterscheiden, »dass sie nicht in die kapitalistische Welt hineingeboren wurden wie etwa ein Werftarbeiter am Tyne, der vier Generationen Gewerkschaftsarbeit im Rücken hat. Sie treten gleich ›Einwanderern der ersten Generation‹ in diese Welt, oder weit katastrophaler, diese kommt von außen zu ihnen, entweder heimtückisch durch die Macht für sie unbegreiflicher und unkontrollierbarer ökonomischer Kräfte oder auch rücksichtslos und abrupt durch Eroberung, Revolutionen und einschneidende Rechtsveränderungen, deren Folgen sie auch dann kaum verstehen, wenn sie selbst geholfen haben, sie herbei zu führen. Sie wachsen noch nicht in oder mit der modernen Gesellschaft auf, sie werden in sie hineingezwungen (...) Ihr Problem ist, sich dem Leben der modernen Gesellschaft anzupassen (...).« (Hobsbawm 1979, S. 15)

Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen selber ist nun: Die *anmodernisierten Arbeiter* nehmen diesen Anpassungsprozess an die moderne, und das heißt auch immer urbane Gesellschaft halbwegs geschützt vor, d.h. sie verfügen über vergleichsweise erträgliche Wohnbedingungen, ein vertraglich fixiertes Arbeitsverhältnis sorgt für ein kalkulierbares Einkommen und damit auch für ein halbwegs geregeltes Leben, die gemeinsame Lohnarbeit mit anderen führt zur Entwicklung von sozialer Solidarität, sie sammeln erste Arbeitskampferfahrungen und rekurrieren auf bestehende Interessenorganisationen oder bilden neue, schließlich sind Arbeitnehmerrechte vorhanden, um die die anmodernisierten Arbeiter kämpfen können, oder es gelingt ihnen, ebensolche zu erringen.

Demgegenüber stehen die *informell Beschäftigten* – »die am schnellsten wachsende soziale Klasse der Welt« (Davis) – wesentlich ungeschützter da. Ihre Wohnverhältnisse spotten, wie Davis beschreibt, jeder Menschenwürde, ein kalkulierbares Einkommen ist ein Traum, und um zu überleben, kann es nötig sein, sich oder andere zu prostituieren, kleine oder größere Verbrechen zu begehen. Soziale Solidarität entsteht nur mühsam und spontan, weil die Intensität des alltäglichen Überlebenskampfs dafür sorgt, dass die formell Beschäftigten sie eher als Konkurrenten denn als Schicksalsgenossen wahrnehmen. Rechte oder Rechtsgleichheit schließlich sind Fremdwörter, denn für viele Offizielle nicht nur in der zweiten oder dritten Welt stellen die informell Beschäftigten lediglich menschlichen Abschaum dar.

Wenn es der gedanklichen Orientierung halber sinnvoll ist, die unterschiedlichen Bedingungen des Anpassungsprozesses an die moderne Gesellschaft von anmodernisierten Arbeitern und informell Beschäftigten hier zu überzeichnen, so sollte man daraus keine vorschnellen Schlüsse für ihren jeweiligen Beitrag zum sozialen Widerstand seit den siebziger Jahren ziehen – stellt sich die soziale Realität dieser beiden Akteursgruppen doch ungleich vielschichtiger und fließender dar und mangelt es doch gerade an vergleichender Forschung zur Widerstandspraxis dieser beiden Gruppen. Deshalb müssen hier auch nur einige Schlaglichter genügen.

Erstens: Obgleich die anmodernisierten Arbeiter in ihrem Anpassungsprozess an die moderne Gesellschaft besser geschützt sind als die informell Beschäftigten, hat dieser bestehende oder erkämpfte Schutz zugleich zur Folge, dass sie mehr zu verlieren haben als die informell Beschäftigten. Dementsprechend ist die Rolle dieser Akteursgruppe im sozialen Widerstand von Anbeginn an ambivalent. In der zweiten und dritten Welt bilden sie Koalitionen mit den informell Beschäftigten, aber nicht notwendig.

In den großen Industrieländern wiederum haben die anmodernisierten Arbeiter z.B. als »Gastarbeitergeneration« an den Kämpfen der modernen Arbeiterklasse der ersten Welt partizipiert und gerade in den siebziger Jahren punktuell eigene radikale Akzente setzen können, so dass sie sogar als »andere Arbeiterbewegung« firmieren durften. Jedoch sorgten sie in der ersten Welt, mitverschuldet durch die Ignoranz der modernen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, zugleich für eine strategische Schwächung des Widerstandspotentials, da viele der anmodernisierten Arbeiter ihre Zukunft doch in ihrem Herkunftsland sahen.

Und blieben sie dann doch länger oder für immer in ihrer neuen Heimat, so sorgten Arbeitsplatzverluste in der ersten Welt, schlechtere Bildungschancen etc. dafür, dass der Adaptionsprozess an die moderne Gesellschaft und damit auch der Integrationsprozess in die moderne Arbeiterklasse häufig genug in der zweiten oder dritten Generation abbrach und wichtige Überzeugungen, Erfahrungsmuster und Verhaltensweisen der modernen Arbeiterklasse nicht übernommen wurden – ein Generationenbruch übrigens, der nicht nur die internationalen Migranten in der ersten Welt kennzeichnet, sondern auch die innernationalen Migranten der zweiten Welt, die mit der Industrialisierung in den fünfziger und sechziger Jahren in die Städte gingen und die mit dem Ende des Realsozialismus plötzlich genötigt waren, ihre deindustrialisierte Existenz durch Subsistenzwirtschaft, Kleinhandel oder Schattenwirtschaft zu sichern.

Zweitens: »Die Slums in Afrika, Lateinamerika und Südasien haben sich vom IWF nicht einlullen lassen, im Gegenteil, sie explodierten. In ihrer bahnbrechenden Studie über den Widerstand von Basisgruppen gegen die Strukturanpassung registrierten John Walton und David Seddon von 1976 bis 1992 146 ›IWF-Aufstände‹ in 39 Schuldnernationen.« (Davis 2007, S. 169) Mit anderen Worten: Passend zu ihrer noch frischen ländlichen Herkunft sowie den besonders schwierigen und wechselnden Bedingungen ihres sozialen Alltags formierten sich die informell Beschäftigten ab den siebziger Jahren immer wieder zu spontanen und häufig gewalttätigen Aufständen, die Davis als Wiederbelebung der klassischen Protestform der städtischen Armen, nämlich als Renaissance des Hungeraufstandes klassifiziert. Aber auch wenn dieses Phänomen nicht per se wirkungslos ist und diese Form des sozialen Widerstands in Los Angeles 1992 und Paris 2006 punktuell sogar in die erste Welt überschwappte, so scheint der spontan-gewalttätige Aufstand letztlich zu labil und zu theoriefern, als dass durch ihn ein globaler sozialer Schulterschluss möglich oder in naher Zukunft zu erwarten wäre.

Drittens schließlich mag es zwar provozierend klingen, doch der einzig nachhaltigere und internationale Beitrag der beiden letztdiskutierten Akteursgruppen gegen die für sie bedrohliche Weltmarktkonstellation liegt in der Wiederbelebung der Religion als sozialem Widerstandspotential. Dass diese Wiederbelebung keine dauerhafte Alternative für die Zukunft dieses Widerstands darstellt, bedarf hoffentlich keiner weiteren Ausführung, für eine eingehende Debatte dieses Phänomens sind aber zwei Hinweise vielleicht von Interesse. Vorneweg: die massenhafte Symbiose traditioneller Kategorien und Denkmuster mit Elementen moderner Alltagskultur kann und darf nicht überraschen, handelt es sich doch, wie oben bereits ausgeführt, bei den Trägern dieser Symbiose um soziale Akteure, die geprägt sind von ihrer vorurbanen ländlichen Herkunft, deren Verbindung zum kulturellen und politischen Leben der modernen Stadt gebrochen oder fragil ist. Außerdem ist religiöser Chiliasmus als Bezugspunkt sozialer Bewegungen keineswegs ein neues Phänomen, sondern hat beispielsweise im Methodismus eine nicht unerhebliche Rolle bei der Entstehung der modernen englischen Arbeiterklasse gespielt. Edward P. Thompson nannte ihn in diesem Zusammenhang einen »Chiliasmus der Verzweiflung« und fügte hinzu, dass in gewisser Weise »jede Religion, die großes Gewicht auf ein Leben nach dem Tode legt, ein Chiliasmus der Besiegten und Hoffnungslosen« sei (Thompson 1987, Bd. 1, S. 411). Kann die Entstehung und Dynamik des Islamismus überraschen, wenn das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und des Besiegtseins etwa in den riesigen Slums von Gaza, Bagdad, Kairo, Karatschi oder Teheran Alltag ist?

Politik der Eindämmung

Die Tatsache, dass sich ein anhaltender internationaler Widerstand gegen die Weltmarktexpansion und den sich damit ausbildenden »Planet der Slums« bis zum heutigen Tag nicht formiert, bedeutet allerdings nicht, dass das globale Bürgertum die Hände einfach in den Schoß legen kann. Aus dessen Perspektive gilt es vielmehr, die brodelnden Städte zu verwalten, um den plötzlichen Aufständen zuvorzukommen oder sie zumindest in einem bestimmten Rahmen zu halten. Es gilt, weiterhin Anlagemöglichkeiten für das internationale Kapital zu schaffen, haben sich doch dessen Überakkumulation und damit der Profitabilitätsdruck seit den siebziger Jahren immer nur kurzzeitig entspannt. Es gilt zu guter Letzt, die knapper werdenden globalen Rohstoffressourcen sowohl gegen den potentiellen Druck der jeweiligen Bewohner, die einen »ursprünglichen« Anspruch auf diese Ressourcen erheben könnten, als auch gegen die Konkurrenz der anderen Industrie- und Schwellenländer zu sichern.

Die Antwort auf diese Herausforderungen der Gegenwart besteht, wie vor allem die USA demonstrieren, in einer Politik der Eindämmung. D.h. einerseits beginnt man bestimmte Stadtteile, aber auch ganze Regionen de facto abzuschreiben und belässt sie hinter einem Damm sich selbst. Damit dieser Damm gut gesichert ist und man sich den schnellen, punktuellen Eingriff jenseits des Dammes vorbehalten kann, gilt es, die eigenen Sicherheitskräfte auf den Kampf in den »failed cities« vorzubereiten sowie eine Stärkung der Exekutive innerhalb des politischen Systems zu forcieren. (vgl. Rötzer 2006, Becker 2007) Andererseits nutzt man die mit dieser Abschreibung fast immer einhergehende Ausbreitung von Gewalt, Kriminalität und Verfall ›hinter dem Damm‹ und ihr stets mögliches Überschwappen, um in der breiteren Öffentlichkeit vermittels eines allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Diskurses einen weiteren, diesmal ideologischen Damm zu errichten. Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte auf der einen, Terror, Extremismus, Kriminalität auf der anderen Seite – zwischen diesen beiden Gebieten verläuft er, und mit ihm verliert der öffentliche Diskurs nach und nach alle Zwischentöne. Das führt dazu, dass z.B. soziale Differenzierungen und Klassen ins Vergessen geraten, tiefer liegende ökonomische Interessen ausgeblendet wer-

Fortsetzung auf Seite 22 oben

Tanzen, demonstrieren – und blockieren. Für andere Energien. Gegen den Strom. Gegen soziale und ökologische Prekarisierung – weltweit! Lust auf Solidarität! Alles für alle – aber anders! Wir sehen uns! In diesem Sinne – für ein ganz anderes Klima!

Zeit/Ort: *15. bis 24. August in Hamburg*
Mehr Infos: *www.klimacamp08.net, Email klimacamp08-hh@riseup.net, außerdem: www.klimacamp08.net, http://camp08.antira.info, www.gegenstrom08.net, http://fluten3punkt0.eu/*

Europäisches BaSo/ Chemiekreis-Seminar

Aus dem Tagungsprogramm:

- Zur Situation der Gewerkschaften in Deutschland und den betrieblichen Auseinandersetzungen, speziell zum GDL-Streik und dessen Auswirkungen, Peter Birke, Hamburg
- Zur Situation der Gewerkschaften in der Schweiz, zentriert um den Streik bei der Schweizer Bundesbahn (SBB-Cargo) in Bellinzona, Willi Eberle, Schweiz
- Strategien des Personalmanagements, Rationalisierungen, Personalabbaustrategien am Beispiel der Pharmaindustrie, Peter Streckeisen, Schweiz
- EU-Integration und Lohn- und Sozialdumping, A. Pelizzari

Zeit/Ort: *3. bis 6. September in Basel*
Anmeldungen: *ulrich.franz@gmail.com oder Tel. (0202) 2741574, oder bei Hans Schäppi (Schweiz), Hans.Schaeppi@magnet.ch, Tel. +41 (61) 6017337*

Ohne Proletariat ins Paradies?

Zur Aktualität des Denkens von André Gorz – Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Aus dem vorläufigen Programm:

- Welches Wissen? Welche Gesellschaft?, Micha Brumlik, JWG-Uni Frankfurt a.M.
- Symbolisches Wissen als demokratische Produktivkraft?, Regina-Maria

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

Foto: Frederik Ramm, Umbruch Bildarchiv Berlin

»OSSIS« UND »WESSIS« Jenseits der Bananenrepublik: »Ossis« und »Wessis« in Projekten · Interview: »Lass den anderen anders sein« · Interkulturelle Differenzen: Streit um die Streitkultur · Im Osten nichts Neues – Bericht eines Westdeutschen aus einer Gemeinschaft im Osten · Kommt ins Offene... Reflexionen einer Alternativ-Pionierin · Ost-West-Konflikte? Von Ost-Spießern, West-Ignoranten und der Notwendigkeit, das Nachdenken in Gang zu halten **EUROPA** Hurra, Irland ist Europameister! **MEDIEN** 600 Ausgaben Göttinger Drucksache **KOMMUNEN** Hof Rossee: Ein Jahr nach dem »Los geht's« **GEN-MAIS** Mexiko: Die zweite Eroberung **ALSO** 25 Jahre Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg: Arbeitslosigkeit als Chance **BÜCHER** 1968: Weltwende oder »Pyrrhusniederlage«? · »1968« und seine Folgen: Zürich **DEBATTE** Grundeinkommen: Die schöne Welt der SteuerzahlerInnen **SOZIALES** Landwirtschaft als Sozialimpuls **GENOSSENSCHAFTEN** Ein neues Energiezeitalter beginnt **u.v.m.**

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Fortsetzung von Seite 21 oben

den, notwendige Widersprüche und Ambivalenzen, die mit jedem sozialen Konflikt einhergehen, unverstanden bleiben, soziale Akteure, die sich zu weit hervorwagen – unabhängig von ihrem Anliegen –, nicht mehr gehört werden, sondern vielmehr unter massiven Druck geraten.

All dies sorgt dann zwar im Ergebnis auch dafür, dass das Kapital der Industrieländer seine internationale Politik vergleichsweise alternativlos erscheinen lassen und ihr zudem noch einen edlen Anstrich geben kann; es etabliert zudem eine Art internationalen SOS-Code, insofern bedrohte oder überforderte Eliten aus Ländern der zweiten und dritten Welt nur Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte fordern müssen, um in den Genuss des sicherheitspolitischen Wohlwollens vor allem der USA zu kommen. Doch zugleich verliert das Kapital der Industrieländer durch diese Politik der Eindämmung und die mit ihr einhergehende Schablonenhaftigkeit des Denkens den Kontakt zur sozialen Realität auf der anderen Seite des Damms. Es kann dann noch, wie die USA im Irak, die Truppenzahl erhöhen oder um Geduld bitten. Aber: »Wenn eine Reservearmee, die darauf wartet, in den Arbeitsprozess integriert zu werden, auf Dauer als eine überflüssige Masse stigmatisiert wird, als eine untragbare Belastung, die weder jetzt noch in Zukunft wirtschaftlich und gesellschaftlich integriert werden kann, ist der kritische Punkt erreicht, ab dem es keine Umkehr mehr gibt. Diese Metamorphose macht in meinen Augen die Krise des Weltkapitalismus aus.« (Jan Breman, zit. nach Davis 2007, S. 208)

Synthese

Die entscheidende soziale Frage der nächsten Jahrzehnte formuliert Davis wie folgt: »Wenn der informelle Urbanismus in einer Sackgasse endet, werden die Armen dann nicht revoltieren? Sind – wie Disraeli 1871 beunruhigt fragte und Kennedy 1961 befürchtete – die großen Slums Vulkane, die darauf warten, auszubrechen? Oder führt der erbarmungslose Kampf ums Überleben, die Tatsache, dass immer mehr arme Menschen um dieselben Brosamen der informellen Ökonomie konkurrieren, zu selbstzerstörerischer Gewalt in den Communities? Wird dies die höchste Stufe ›urbaner Involution‹ sein? In welchem Maße wird, marxistisch gesprochen, einem informellen Proletariat das Glück und die Macht zufallen, ›Träger der Geschichte‹ zu sein?« (Davis 2007, S. 210)

Folgt man den vorangegangenen Ausführungen, dann lautet die Antwort: Eine Revolution der Slums ist nur als Teil einer globalen sozialen Umwälzung denkbar, in der die Widerstandsstrategien und -potentiale der modernen Arbeiterklasse, der anmodernisierten Arbeiter und der informell Beschäftigten zueinander finden. Denn wenn in diesem Text letztlich die These vertreten wurde, dass die Strategien und Potentiale dieser drei Klassen jeweils für sich der Weltmarktdynamik und den strategischen Fähigkeiten des globalen Bürgertums hinterhinken, dann kann der Schlüssel, um diesem Dilemma zu entgehen, nur in der kämpferischen Synthese dieser Widerstandsstrategien und -potentiale liegen.

Was heißt dies für die metropolitane Linke? So schwer es auch fallen mag, ist es doch wichtig, eine analytische Position jenseits der ideologischen Dämme des Bürgertums zu behaupten. D.h. auch wenn es problematisch scheint, den religiösen Chiliasmus der Verzweiflung angesichts seiner Gewalttätigkeit und Intoleranz nicht zu verurteilen, gilt es, sowohl dessen materielle Gründe als auch die Rolle der Hinterhofpolitik der westlichen Demokratien bei seiner Entstehung und politischen Funktionalisierung zu benennen, um die entscheidenden Bedingungen für die Überwindung dieses Chiliasmus nicht aus den Augen zu verlieren. Und statt die Massen der Slums oder die diversen Migrantengruppen einseitig als neue Subjekte der Veränderung der modernen Arbeiterklasse gegenüberzustellen, wäre es wichtig, dieses inzwischen langweilige und meist eitle Subjektsuchspiel der Linken aufzugeben und stattdessen Möglichkeiten des Brückenschlags zwischen den drei Verliererklassen der Globalisierung voranzutreiben. Ansatzpunkte wie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, transnationale Gewerkschaftsnetzwerke, die Treffpunkte und Kulturorganisationen verschiedener Migrantengruppen, nationale oder internationale Sozialforen, Workers' Center, Nichtregierungsorganisationen etc. sind durchaus vorhanden. Sollte es unmöglich sein, hieraus eine neue Internationale der Deklassierten zu bilden und der Internationale des Bürgertums entgegenzustellen?

Literatur:

Mathias Becker: »Warnung vor Megastädten und gescheiterten Staaten«, www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26533/1.html (28.6.2008).

Robert Brenner: »Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft«, Hamburg 2003.

Sheila Cohen: »Ramparts of Resistance. Why workers lost their power and how to get it back«, London/Ann Arbor 2006.

Mike Davis: »Planet der Slums«, Hamburg/Berlin 2007.

Eric J. Hobsbawm: »Sozialrebellen. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert«, Giessen 1979.

Florian Rötzer: »Pockets of Darkness«, www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23616/1.html (28.6.2008)

Beverly Silver: »Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870«, Hamburg/Berlin 2005.

Edward P. Thompson: »Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse«, 2 Bde., Frankfurt am Main 1987.

Michael Moore: Sicko

In seinem jüngsten Film »Sicko« macht sich Michael Moore auf den Weg, das Gesundheitssystem der USA auf die ihm eigentümliche Weise zu ergründen und zu kritisieren. Es geht ihm dabei nicht vorrangig um den Skandal, dass 20 Prozent der Bevölkerung gar nicht krankenversichert sind. Deren Schicksal wird am Anfang des Films drastisch veranschaulicht am Beispiel eines Menschen, der sich nach einem Unfall eine tiefe Fleischwunde am Bein selbst zunäht – und das in dem Land der Welt, in dem insgesamt pro Kopf am meisten für die Gesundheit ausgegeben wird. Moore geht davon aus, dass sich so jeder vorstellen kann, wie es ist, nicht versichert zu sein.

Was man sich aus europäischer Perspektive hingegen nur schwer vorstellen kann, sind die Zustände, die für die Versicherten gelten. Diese darzustellen, ist ein Anliegen des fast zweistündigen Films, den man – wie andere Moore-Filme auch – nicht so ohne weiteres Dokumentarfilm nennen kann, weil er dieses Genre bewusst sprengt. Moore beschreibt an vielen verschiedenen beispielhaften Schicksalen, dass es den Versicherungskonzernen in den USA seit einer Reform in den 80er Jahren nur noch darum geht, Profite mit ihren Versicherten zu machen, und dass sich das Gesundheitswesen in den USA deshalb zum Teil in sein Gegenteil verkehrt hat. Er interviewt z.B. Ärzte, die es inzwischen aufgegeben haben, für eine der Versicherungsgesellschaften zu arbeiten, weil ihre Arbeit zum großen Teil nur noch darin bestand, ihr medizinisches Wissen so einzusetzen, dass sie den Versicherten bzw. Patienten Leistungen im Interesse des Unternehmens verweigern, statt sie zu versorgen.

Im Kontrast dazu sieht sich Moore dann das – in den USA mit allerhand Vorurteilen behaftete – staatliche kanadische Gesundheitssystem an. Dort werden alle Bürger des Landes gut, effizient und kostengünstig versorgt, so die Botschaft. Warum können »wir« das nicht auch?, so die immer wieder wiederholte Frage von Moore, und man ist sich als Zuschauer unschlüssig, ob dieses »Wir« ein didaktisches ist oder ein überzeugtes. Anschließend fährt Moore nach Europa und schaut sich dort die Gesundheitssysteme in Frankreich und Großbritannien an, Sozialversicherungssystem das eine, staatlich das andere. Auch wenn das britische **National Health System** heute scharf kritisiert wird, verteidigt Moore – zurecht – die dahinterstehende Idee. Er tut das mit Hilfe eines Labour-Abgeordneten der alten Schule. In Frankreich befragt er einige US-AmerikanerInnen, die in Paris leben, und lässt sie das US- und das französische Gesundheitssystem vergleichen. Keine Frage, welches besser wegkommt.

Der Film endet mit der in zwischen berühmt gewordenen Episode, in der Moore zusammen mit den Feuerwehrleuten und Rettungshelfern vom Ground Zero am 11. September 2001, die in den USA zunächst als »Helden« gefeiert und dann mit ihren gravierenden gesundheitlichen Schäden schmählich allein gelassen wurden, nach Guantanamo auf Kuba fährt, um ihnen die gleiche »gute medizinische Versorgung« zukommen zu lassen wie den dort inhaftierten angeblichen Al Kaida-Kämpfern. Das ist aber nur vordergründig eine witzige Idee. Wer jemals Berichte wie z.B. den von Murat Kurnaz über die Krankenstation auf Guantanamo gelesen oder gehört hat, wo nicht nur versorgt, sondern ebenfalls – auch von Medizinern – gefoltert wird, kann sich hierüber nicht mehr amüsieren. Das vordergründig Naive des Michael Moore schlägt hier ansatzweise um in Propaganda.

Dennoch wird dann am Vergleich des kubanischen mit dem US-Gesundheits»system« noch einmal die ganze Dimension des Problems deutlich. Das Asthmamittel, das eine Feuerwehrfrau braucht, die tagelang am Ground Zero gearbeitet hatte, kostet sie in den USA zweimal im Monat jeweils 120 US-Dollar. Moore und die Frau fragen in Kuba in einer Apotheke, was das gleiche Medikament dort kostet: 5 Cent! Da kommen nicht nur der Patientin die Tränen. Vielleicht erklären solche Gewinnspannen, warum es in den USA bis jetzt noch nicht gelungen ist, ein halbwegs funktionierendes Gesundheitssystem einzurichten.

Auch wenn der Nationalismus und das manchmal etwas simple Weltbild des Michael Moore etwas nerven, würde ich diesen Film dennoch jedem empfehlen, der wissen will, wie ein marktwirtschaftliches Gesundheitswesen aussieht. Wer sich gründlicher damit und mit der Misere des US-Gesundheitssystems beschäftigen will, dem seien die Texte von Hagen Kühn ans Herz gelegt.

Nadja Rakowitz

Literaturempfehlung:

Hagen Kühn: »Ökonomisierung der Gesundheit am Beispiel des US-amerikanischen Gesundheitswesens«, Publications series of the research unit Public Health Policy Nr. P90-206, Berlin 1990

Hagen Kühn: »Healthismus – Eine Analyse der Präventionspolitik und Gesundheitsförderung in den U.S.A.«, Berlin 1993

Hagen Kühn: »Managed Care. Medizin zwischen kommerzieller Bürokratie und integrierter Versorgung. Am Beispiel USA«, Publications series of the research unit Public Health Policy Nr. P97-202, Berlin 1997

Dackweiler, FH Wiesbaden

- Ökologie und Politik, Elmar Altvater, Freie Universität Berlin, Egon Becker, ISOE, Frankfurt a.M.
- Arbeit zwischen Misere und Utopie, Wolfgang Engler, Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«, Berlin; Ilona Ostner, Uni Göttingen; Hans-Christoph Schmidt am Busch, IfS, Frankfurt a.M.
- Und jetzt wohin? (Abschlussdiskussion), Sonja Buckel, JWG-Uni Frankfurt a. M., Wolfgang Bonß, Universität der Bundeswehr München, Stephan Voswinkel, IfS, Frankfurt a.M., Stephan Lessenich, Universität Jena, Moderation: Michael Jäger, *Freitag*, Berlin

Zeit/Ort: *25. Oktober, 11 bis18 Uhr, Altes Literaturhaus, Bockenheimer Landstraße 102, 60323 Frankfurt am Main*

Information und Anmeldung: *Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V., Ralf Zwengel, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main, Tel. (069) 23 10 90, Email: zwengel@hbs-hessen.de*

Frauen und Arbeit

Das Recht der Frauen auf Erwerb, heute und morgen – Seminar in Salecina

Salecina liegt auf 1 800 Metern Höhe am Übergang zwischen Oberengadin und Bergell, rund 25 Fußminuten vom Passdorf Maloja entfernt (am Weg Richtung Cavloc-See). 1972 baute die Stiftung Salecina die ehemalige Bauernliegenschaft zu einem Zentrum für Seminare, Arbeitstagungen, Klassenfahrten und Ferien aus. Das kürzlich renovierte Schlafhaus bietet in Mehrbettzimmern 56 Personen Platz. Die »Idee Salecina« wurde von jenen Bewegungen verwirklicht, die nach 1968 entstanden sind. Gut 35 Jahre jung ist Salecina noch immer ein Ort des Austausches und der Diskussion, ein selbstverwalteter Treffpunkt für Ferien- und Bildungshungrige, für Bewegte, für junge und ältere Menschen. Die Gäste helfen bei den Hausarbeiten mit. Salecina – Wochen haben sich immer wieder mit der kulturgeschichtlich reichen Gegend auseinandergesetzt, sei es in thematischen Wanderwochen oder in Seminarwochen wie »Salecinema« (siehe die Broschüre »In Salecina liegen die Themen vor der Tür«).

Das Seminar wird von Gisela Notz und Marlies Leibitzki geleitet.

Zeit und Ort: *13. bis 20. September 2008, Stiftung Salecina, Ferien- und Bildungszentrum Orden dent, CH-7516 Maloja, Tel. (+ 41 81) 824 32 39, Fax (+ 41 81) 824 35 75, info@salecina.ch, www.salecina.ch*

Grenzerfahrungen

Sicko – angesehen und diskutiert von Sal Godo

Sal Godo, ein US-Amerikaner, der seit 2002 in Sizilien lebt, hat sich den 2007 angelaufenen Film »Sicko« von Michael Moore angeschaut, der sich mit den Missständen des US-amerikanischen Gesundheitswesens beschäftigt (siehe Kasten Seite 22). Godo diskutiert an diesem Film die unterschiedlichen Vorstellungen und Vorurteile von US-Amerikanern und Westeuropäern über das jeweils andere System.

Michael Moore hat wieder einmal einen Film geschrieben und produziert, bei dem er zugleich Regisseur und Hauptdarsteller ist, und der diejenigen, die glauben wollen, dass alles, was US-amerikanisch ist, auch gut ist, sehr verärgern wird. Es gibt unter den US-Amerikanern viele, die sich darüber ärgern und die Moores Arbeit grundsätzlich diskreditieren. Diejenigen US-Amerikaner, die sich entschieden haben zu glauben, was Moore ihnen zeigt, verstehen seine wichtigste Botschaft, dass nämlich das US-amerikanische Gesundheitssystem verbessert werden könne. Es gibt aber auch eine weit weniger explizite Botschaft an die Europäer, die überhört werden könnte; sie lautet: Bewahrt und verbessert die exzellenten Gesundheitssysteme, die es in Europa noch gibt.

Dieser Botschaft könnte der Zweifel in die Quere kommen, den dieser Film bei europäischen Zuschauern erzeugt. Dieser Zweifel ist – anders als bei »Fahrenheit 9/11« (wo die Leute nicht glauben konnten, dass US-Amerikaner einem so schlechten Präsidenten so viel Kontrolle abtreten würden) – dem Zweifel, der sich in den USA artikuliert, diametral entgegengesetzt: US-Amerikaner, mit denen ich über den Film gesprochen habe, können nicht glauben, dass die europäischen Gesundheitssysteme so gut sind, wie sie Moore darstellt. Europäer, mit denen ich gesprochen habe, können nicht glauben, dass das US-amerikanische Gesundheitssystem so schlecht ist, wie es Moore darstellt.

Bei meiner ersten Reise zurück in die USA, nachdem ich 2002 nach Sizilien ausgewandert war, fragte mich die Tante meiner Frau nach all den kranken Menschen in Italien. Ich sagte ihr, dass ich nicht wüsste, was sie meinte und dass Italien ein Gesundheitssystem hat, das im internationalen Vergleich weit oben rangiert (damals stand Italien an dritter Stelle des Rankings der Weltgesundheitsorganisation), während die USA irgendwo zwischen Platz 30 und 40 rangierte. Statt zu antworten, fragte sie mich, warum ich die USA so hasse. Diese Art von Unverständnis und Aneinandervorbeireden ist nichts Ungewöhnliches, wenn man mit patriotischen US-Amerikanern spricht und andeutet, dass andere Länder vielleicht bessere Wege gefunden haben, bestimmte Dinge zu organisieren.

Wenn die Botschaft des Films von US-Amerikanern nicht gänzlich ignoriert wird, indem sie den Film als komplette Lüge diskreditieren, dann neigen sie dazu, sich kleinere Passagen aus dem Film herauszupicken, und erklären z.B., dass sie jemanden kennen, der jemanden kennt, der wiederum jemanden in Kanada kennt, der neun Monate darauf warten musste, eine ziemlich einfache, hoch technische Untersuchung (ich stelle mir eine Kernspintomographie vor) zu bekommen. Diese Person hätte einfach über die Grenze in die USA gehen und die Untersuchung haben können – wobei sie dafür hätte bezahlen müssen. In der Tat, es gibt solche Fälle. Allerdings kenne ich auch einen Kanadier, der eine ziemlich einfache, hoch technische Untersuchung (in der Tat eine Kernspintomographie) brauchte, um eine Diagnose wegen einer möglicherweise lebensbedrohlichen Krankheit stellen zu können, und er bekam die Untersuchung sofort – in Kanada. Die gleiche Sorte Zweifel wird geäußert über das Vorhandensein bzw. die Qualität der Versorgung im englischen oder französischen Gesundheitssystem, die beide auch in dem Film dargestellt werden.

Wenn ich dagegen mit Leuten in Europa rede und eingehender insbesondere mit einem Arzt in Italien, wo ich lebe, kommt eine andere Sorte Zweifel zum Vorschein. Hier können die Leute in der Regel nicht glauben, dass Gesundheitsversorgung in den USA für den Einzelnen so teuer ist. Auch wenn sie bereits Geschichten darüber gehört haben und auch über nicht versicherte US-Amerikaner, die keinerlei vernünftige medizinische Versorgung bekommen, haben sie nicht wirklich darüber nachgedacht, bis sie »Sicko« gesehen haben. Wenn sie dann auch noch von Leuten hören, die eine Krankenversicherung hatten und dennoch bankrott gegangen sind, weil die Versicherung die medizinischen Ausgaben nicht gedeckt hat, reagieren sie oft noch überraschter.

Als ein US-Amerikaner, der sich entschlossen hat, in Europa zu leben, kann ich mich verbürgen für die Wahrheit von Michael Moores Botschaft in »Sicko«. Zwei Erfahrungen bestätigen für mich diese Wahrheiten. Die erste Erfahrung habe ich auf Sizilien gemacht, als meine Frau plötzlich sehr krank wurde und in einem Spezial-Krankenhaus behandelt werden musste. Bei ihr wurde eine schwere Form der Leukämie diagnostiziert, und sie brauchte zum Überleben Bluttransfusionen, weil viele Bluttests gemacht werden mussten, um herauszufinden, unter welchem spezifischen Typ Leukämie sie litt. Sie bekam die beste Versorgung, und als ich versuchte, ihre US-amerikanische Versicherungskarte im Krankenhaus vorzuzeigen, sagte man uns dort, dass die Karte nicht gebraucht würde, weil es für Menschen mit Wohnsitz in Italien keine Rechnung gebe, die bezahlt werden müsse. Unsere Freunde in den USA finden es immer noch schwer, das zu glauben – auch nachdem sie »Sicko« gesehen haben.

Die zweite Erfahrung machte ich, als ich einen Freund in den USA besucht habe. Mir war eine Zahnkrone heraus gefallen, und mein Freund rief seinen Zahnarzt an, um herauszufinden, ob er die Krone wieder kleben konnte. Die erste Frage, die der Arzt stellte, war, ob ich eine Krankenversicherung hätte. Hatte ich. Welche Art Versicherung? Wo hat das Versicherungsunternehmen seinen Sitz? Erst zuletzt wurde gefragt, was mir denn eigentlich fehlte. Als ich im Büro der Praxis ankam, wo die Krone wieder draufgesetzt werden sollte, wurde ich zunächst nach meiner Versichertenkarte gefragt, dann musste ich ein Formular mit meinem Namen und meiner Adresse ausfüllen. Mein Zahnarzt in Sizilien konnte das kaum glauben – auch nachdem er »Sicko« gesehen hatte.

Moore hat zwei sehr verschiedene Perspektiven auf Gesundheitssysteme vorgeführt und gezeigt, wie sie die Bedürfnisse der Bürger abdecken. Es gibt eine klare Botschaft an die US-Amerikaner: die Botschaft, dass man Sachen anders machen kann und dass die USA – wenn sie aufhören würden, ihren Reichtum dafür auszugeben, Krieg gegen die Armen auf der ganzen Welt zu führen – in der Lage wären, eine Gesundheitsversorgung für die Armen in ihrem eigenen Land vorzuhalten.

Aber es gibt auch eine Botschaft für die Europäer – und besonders für die Arbeiter in Europa: Der freie und kostenlose Zugang zu medizinischer Versorgung wird zunehmend eingeschränkt. Wenn die WählerInnen, allen voran die ArbeiterInnen in den europäischen Ländern, sich nicht anstrengen und dagegen halten, wird ein System eingeführt, das der Situation der ungenügenden Versorgung der meisten US-Amerikaner gefährlich nahe kommt. Wenn jetzt schon kleine Zuschläge für bestimmte Behandlungen bezahlt werden müssen, wenn andere Behandlungen ausgeschlossen werden, weil sie zu teuer oder weil sie nur Wahlleistungen sind, dann sind die Menschen in Europa drauf und dran, einen wichtigen Teil dessen zu verlieren, was die Lebensqualität in Europa so gut macht, wie sie bislang ist. Alle, denen es um das Wohl aller Europäer geht, müssen den Angriffen auf die existierenden nationalen Gesundheitssysteme besondere Aufmerksamkeit schenken und dafür sorgen, dass die Reformen Verbesserungen für *alle* bedeuten.

Übersetzung: Nadja Rakowitz

http://einstellung.so36.net

ES DROHT KEIN ÜBERWACHUNGSSTAAT

Er ist schon da. In den letzten Jahren wurden Menschen aus linken Bewegungen bespitzelt, beschattet, abgehört. Ermöglicht wird dieser Eingriff in die Grundrechte durch die Ermittlungsparagraphen 129/a/b.

Informieren Sie sich und unterstützen Sie die Verteidigung mit einer Spende:

Rote Hilfe e. V. • Konto-Nr. 718 9590 600
BLZ: 100 200 00 • Berliner Bank
Verwendungszweck: Repression 31.7.2007

Übers Wetter reden, aber anders

Widerstand auf dem Lande: Konferenz zu Kapitalismuskritik und Klimawandel

Lange Zeit ein Randthema, sind Energie- und Klimapolitik in der Öffentlichkeit so präsent wie seit rund 20 Jahren nicht mehr. Die durch Klimawandel verursachten ökologischen und sozialen Veränderungen und ihre verheerenden Folgen werden immer deutlicher sichtbar. Die Gefährdung der Reproduktionsgrundlagen von Mensch und Natur spitzt zudem auch die sozialen Gegensätze weiter zu. Schließlich ist der Klimawandel zuvorderst der Politik der kapitalistischen Industrienationen zuzuschreiben, am härtesten getroffen werden hingegen diejenigen, die ihn am wenigsten verursachen. Zwar wächst der Druck auf die Regierenden, entscheidende Weichen zu stellen, doch stimmt die Richtung überhaupt? Unter dem Motto »Für ein ganz anderes Klima« lädt die Widerstandsgruppe Worms Wonnegau für den 9. August 2008 zur Diskussion über Zusammenhänge von Klimawandel und Kapitalismus ein und wirbt damit auch für die Beteiligung am diesjährigen »Klimacamp« vom 15.–24. August 2008 in Hamburg. (Siehe dazu auch Vermischtes)

Konsum und Erschöpfung

Die Art und Weise, wie Energierohstoffe angeeignet, Energie erzeugt und verbraucht wird, hängt nicht nur von der technologischen Entwicklung ab. Sie findet im gesellschaftlichen Kontext und dessen Maßstäben statt und wird von diesen geprägt. Die Logik der kapitalistischen Warengesellschaft nun liegt in der Schaffung von immer mehr Wert. Produktion wird zum Selbstzweck und dient nicht der Befriedigung von Bedürfnissen, sondern dem Streben nach Profit und Kapitalakkumulation. Dieser Produktionsprozess greift auf Rohstoffe wie auf ein Warenlager zu und verschleudert in kürzester Zeit fossile und biologische Energieträger, die die umgesetzte Sonnenenergie von Jahrmillionen abspeichern.

Im Rausch des Konsums vergaß man leicht, auf welchen Voraussetzungen der weltwirtschaftliche Boom in den vergangenen Jahren beruhte – und zu welchen Konsequenzen er führt: Mittlerweile erleben wir eine Überproduktion von historischem Ausmaß, die Inflation ist hoch und das Wachstum niedrig, die Raten normalisieren sich, und der Wohlstand der Welt wächst nicht mehr so schnell wie bislang. Die Industrialisierung des Westens, Blitzmodernisierungen in Asien und Afrika und Expansionen hinterließen ein Ressourcenloch, dessen Ausmaß mehr und mehr deutlich wird.

Energie und Kapitalismus

Die grundlegende Bedeutung der Energiewirtschaft für den Kapitalismus erschließt sich in ihrer deutlichsten Form durch die Politik der G8. »Das Wachstum der Weltwirtschaft ist klar mit der Verfügbarkeit von Energieressourcen verbunden«, bringt es die Rambouliet-Erklärung von 1975 zur Gründung der damaligen mächtigen 6 auf den Punkt. Dementsprechend waren sie entschlossen, »die Energiequellen, die unsere Volkswirtschaften für ihr Wachstum benötigen, zu sichern«.

Anlass dieser Übereinkunft war die erste Ölkrise von 1973, die die westlichen Industriestaaten in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit stürzte. Die Begrenztheit der Reserven wurde erstmals sichtbar, aber auch die unbedingte Abhängigkeit einer kapitalistischen Marktordnung von Energieressourcen und deren uneingeschränkter Nutzung.

Die Etablierung eines globalen Energiesystems im Interesse der führenden Konzerne der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie wurde auch zu einem wichtigen Projekt der G8. Als globale Ressourcenmanager entwickelten sie 2006 in St. Petersburg den »Aktionsplan für eine globale Energiesicherheit«, der den Zugriff der führenden Industrieländer auf die Öl-, Gas- und Uranressourcen in den Förderländern absichern soll.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen

Sechs Jahre lang arbeiteten über 600 Wissenschaftler unter Leitung des UN-Klimarats an der Erstellung des 4. UN-Weltklimareports, dessen dritter Teil im Mai 2007 vorgestellt wurde. Der Bericht belegt, dass der Anteil der Treibhausgase in der Luft in den vergangenen 100 Jahren stärker gestiegen ist als in den 20 000 Jahren davor. Bereits im 20. Jahrhundert hatte sich die Erderwärmung beschleunigt, die Dekade 1996 bis 2005 war jedoch die wärmste seit Beginn der Messungen. Die Folgen eines weiteren Temperaturanstiegs, unbekannte Wetterextreme, ein für Millionen Menschen gefährlicher Anstieg des Meeresspiegels und das Aussterben von wahrscheinlich 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten, sind nicht erst seit 2007 bekannt.

Vor allem die, die den Klimawandel am wenigsten verursacht haben, werden unter den Auswirkungen am meisten zu leiden haben. Die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen forciert die ökologischen und sozialen Veränderungen, zerstört die Lebensbedingungen und bringt Armut, Krieg, Vertreibung und Flucht für immer mehr Menschen auf der Welt mit sich.

Energiewende und Perspektiven

Das Motto der G8 lautet 2008 beinahe so wie jenes der G6 im Jahre 1975: »Unser gemeinsames Interesse erfordert es, dass wir auch weiterhin zusammenarbeiten, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten durch Energiesparen und die Entwicklung alternativer Quellen zu reduzieren.«

Es wird vom Ausbau erneuerbarer Energien gesprochen. Eine »Energiewende« wird als dritte industrielle Revolution schmackhaft gemacht – und ist doch weit davon entfernt, revolutionär zu sein. Alle Lösungsansätze bewegen sich im Rahmen der bestehenden Ordnung, sind lediglich systemimmanente Alternativen. Denn weiterhin sind freier Markt und globales Wirtschaftswachstum für viele ein Synonym für Wohlstand und Aufstieg; dabei wird durch dieses System die Existenz der Mehrheit der Menschen zerstört und die Zukunft von Mensch und Natur massiv gefährdet. Es gilt, den emanzipativen Moment einer Energiewende zu nutzen, aber gleichzeitig die kapitalistische Produktionsweise und ihre Mechanismen selbst in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken.

Klimakonferenz in Worms – Klimacamp in Hamburg

Unter dem Titel »Für ein ganz anderes Klimakonferenz zur Energiewende« wird am 9. August 2008 im Wormser Martinushaus (Kämmererstraße 59) Raum sein, den Klimawandel vor dem Hintergrund kapitalistischer Produktionsweise zu beleuchten und über alternative Energieversorgungskonzepte zu diskutieren. Als Referenten konnte die Widerstandsgruppe Worms-Wonnegau gemeinsam mit der Jenny-Marx-Gesellschaft den renommierten Publizisten und Geophysiker Wolfgang Pomrehn, den Politologen Alexis Passadakis und den Volkswirt Andreas Frank gewinnen. Geplant sind Vorträge, Diskussionen und Workshops, offen für alle Interessierten und ohne Teilnahmegebühr.

UnterstützerInnen: anti atom gruppe mannheim, Antifa Nierstein, attac Mannheim, Grüne Jugend Rheinland Pfalz, Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, IKEMA, Linksjugend Solid Alzey-Worms, Rosa-Luxemburg-Stiftung, KuTaZ Worms.

Über Spenden zur Deckung der Unkosten würden wir uns freuen, auch kleinere Beträge sind willkommen: Judith Kissel, Konto-Nr.: 33574543, BLZ 55350010, Sparkasse Worms.

Weitere Informationen & Kontakt: info@w-worms.de, www.w-worms.de.

Nächster Redaktionsschluss: 24. August 2008

In den nächsten Ausgaben: Viel Rauch um China ● Strategic Unionism – Aus der Krise zur Erneuerung? ● Einzelhandel ausgehandelt ● Armuts- und Reichtumsbericht: alles relativ? ● Innere und ganz innere Sicherheit u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007

☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001

☐ *Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:* »Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro) /

☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro) /

☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) /

☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen (s. Impressum)

☐ gegen Rechnung

☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60); Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt